



Die Ziele für Nachhaltige Entwicklung

UN-GIPFEL BESCHLIESST ENTWICKLUNGSZIELE: NIEMAND SOLL ZURÜCKGELASSEN WERDEN

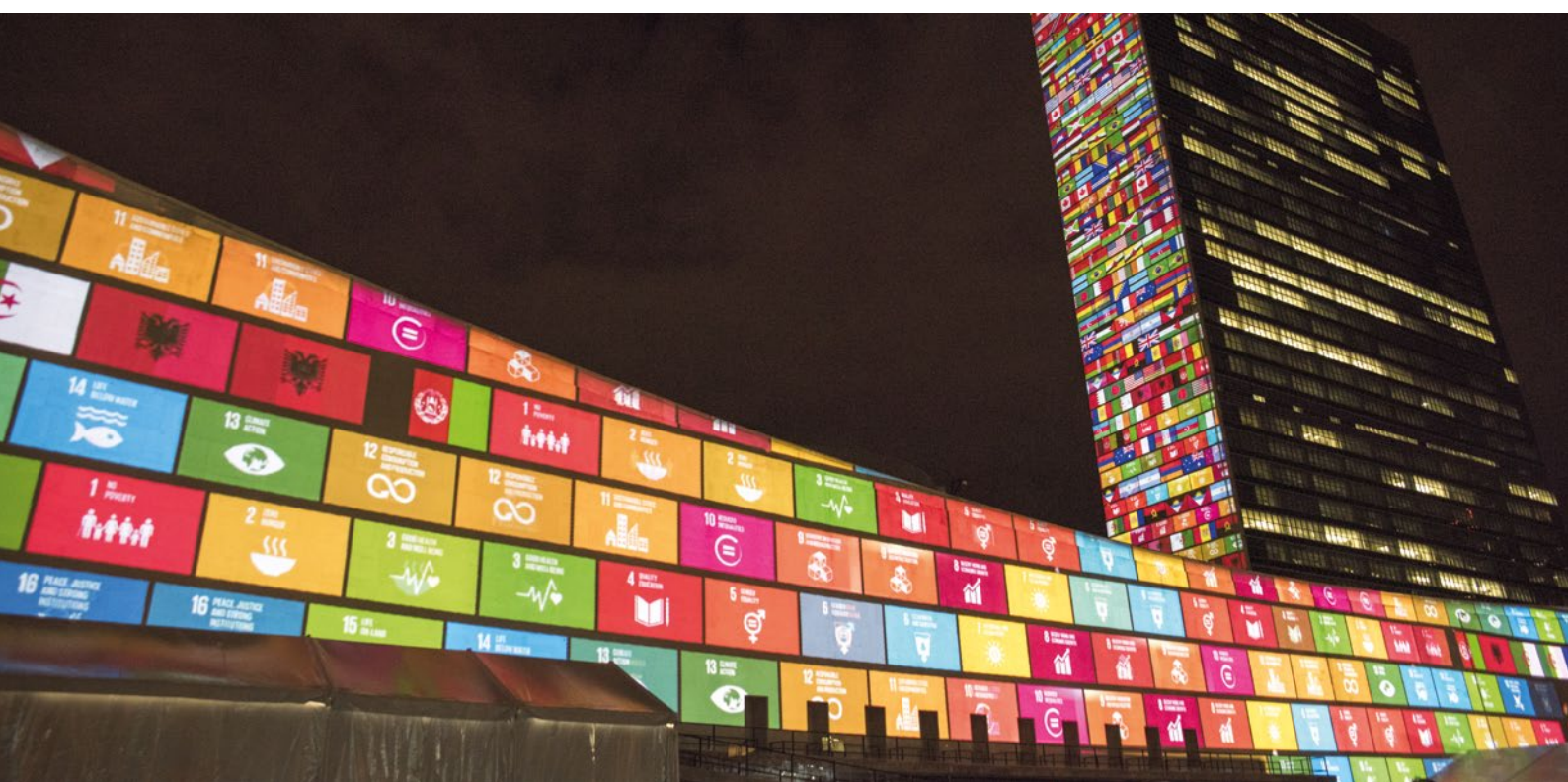
»Wir verpflichten uns, auf dieser großen gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen.« So lautet eine zentrale Aussage der globalen Agenda für nachhaltige Entwicklung, die beim UN-Gipfeltreffen am 25. September 2015 einstimmig verabschiedet wurde. Am dreitägigen Nachhaltigkeitsgipfel in New York nahmen mehr als 150 Staats- und Regierungschefs sowie zahlreiche Ministerinnen und Minister teil – mehr führende Politikerinnen und Politiker aus aller Welt als jemals zuvor an einer UN-Versammlung. In dem Dokument »Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung« haben sich alle Nationen verpflichtet, unsere Welt innerhalb von 15 Jahren grundlegend zum Positiven zu verändern: »Wir sind entschlossen, von heute bis 2030 Armut und Hunger überall auf der Welt zu beenden, die Ungleichheiten in und zwischen Ländern zu bekämpfen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften aufzubauen, die Menschenrechte zu

»Niemand soll zurückgelassen werden.« Mit diesem Versprechen beschlossen 2015 alle UN-Mitgliedstaaten die Ziele für nachhaltige Entwicklung, die bis 2030 verwirklicht werden sollen. Insgesamt 17 Ziele und 169 Zielvorgaben wurden in der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung festgehalten. Acht Jahre nach Verabschiedung der Ziele fällt die Halbzeitbilanz gemischt aus. Obwohl die Ziele politisches Gewicht entfaltet haben, sind die Staaten immer noch weit davon entfernt, sie zu erreichen. Die mangelnde politische Willenskraft ist nicht das einzige Hindernis auf dem Weg zur Zielerreichung. Die COVID-19-Pandemie und die Inflation als Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine haben zusätzlich dazu geführt, dass viele Länder bei der Umsetzung der Ziele um Jahre zurückgeworfen wurden.

schützen und Geschlechtergleichstellung und die Selbstbestimmung der Frauen und Mädchen zu fördern und den dauerhaften Schutz unseres Planeten und seiner natürlichen Ressourcen sicherzustellen. Wir sind außerdem entschlossen, die Bedingungen für ein nachhaltiges, inklusives und dauerhaftes Wirtschaftswachstum, geteilten Wohlstand und menschenwürdige Arbeit für alle zu schaffen, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungsstufen und Kapazitäten der einzelnen Länder.« Die verabschiedeten 17 Ziele für nachhaltige

Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) und die 169 Zielvorgaben legen nicht nur einen deutlichen Akzent auf Fragen der Nachhaltigkeit, sondern spiegeln auch ein umfassendes Verständnis von nachhaltiger Entwicklung wider. Die Agenda 2030 rückt erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt:

Projektion der Ziele für nachhaltige Entwicklung auf das Hauptgebäude der Vereinten Nationen in New York.
Foto: UN Photo/Cia Pak



»Wir bekennen uns dazu, die nachhaltige Entwicklung in ihren drei Dimensionen – der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen – in ausgewogener und integrierter Weise herbeizuführen.« Die Agenda für nachhaltige Entwicklung gilt seit dem 1. Januar 2016 und soll bis zum 31. Dezember 2030 umgesetzt sein.

ENTSTEHUNG: EIN LANGER WEG HIN ZU DEN 17 ZIELEN

In vielerlei Hinsicht kann die Agenda 2030 als die letzte Etappe eines langen Veränderungsprozesses verstanden werden. Bereits 1972 begann dieser Prozess mit einer Konferenz der Vereinten Nationen in Stockholm über die Umwelt des Menschen. Als ein Meilenstein für die Integration von Umwelt- und Entwicklungsbestrebungen gilt der sogenannte »Erdgipfel«, der im Jahr 1992 in Rio de Janeiro abgehalten wurde. Der »Erdgipfel« – oder besser: die Konferenz über Umwelt und Entwicklung – setzte auch neue Maßstäbe bezüglich der Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Am 8. September 2000 wurde es dann so konkret wie nie zuvor: Staats- und Regierungschefs aus 149 UN-Mitgliedstaaten sowie führende Politikerinnen und Politiker aus mehr als 40 weiteren Ländern verabschiedeten in New York einvernehmlich die »Millenniums-Erklärung«. Auf der Grundlage dieser Erklärung erarbeitete

eine Gruppe von Expertinnen und Experten der Vereinten Nationen acht »Millenniums-Entwicklungsziele« (Millennium Development Goals – MDGs) mit verschiedenen Unterzielen, die bis 2015 umgesetzt werden sollten. Diese Ziele wurden 2001 von der UN-Generalversammlung verabschiedet und gelten als die Vorläufer der Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Die Bilanz der Millenniums-Entwicklungsziele ist jedoch durchwachsen. Zweifellos ist durch die MDGs die internationale Öffentlichkeit stärker auf Probleme wie die hohe Kinder- und Müttersterblichkeit aufmerksam geworden und es gelang in einer ganzen Reihe von Ländern, die Entwicklungsziele zu Orientierungspunkten für die staatliche Entwicklungsplanung und -politik zu machen. Trotzdem konnten mehrere der acht Entwicklungsziele nicht erreicht werden.

»RIO+20«: DER AUSGANGSPUNKT FÜR DIE 17 ZIELE

Der sogenannte »Rio+20«-Gipfel, gilt als die UN-Konferenz, die die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung auf den Weg brachte. Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft versammelten sich im Juni 2012 im brasilianischen Rio de Janeiro, um am »UN-Gipfel für nachhaltige Entwicklung« teilzunehmen. Der Generalsekretär der Konferenz

Sha Zukang stellte in der Schlussitzung heraus: »Nachhaltige Entwicklung ist die einzige Option der Menschheit für den Planeten, den wir miteinander teilen, und für unsere gemeinsame Zukunft.«

Als weiterer wichtiger Schritt hin zur Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen gilt der Bericht »Der Weg zur Menschenwürde bis 2030« des damaligen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon aus dem Jahr 2014. Der Untertitel des Berichts enthält bereits wesentliche Ziele: »Die Armut beenden, Menschenleben verändern und die Erde schützen.«

DIE AGENDA 2030 FORDERT EINEN PARADIGMENWECHSEL

Die Agenda 2030 ist in vielerlei Hinsicht ein Meilenstein in der jüngeren Geschichte der Vereinten Nationen. Zwar führen viele der Ziele für nachhaltige Entwicklung die unvollendeten Aufgaben der Millenniums-Entwicklungsziele fort oder gehen aus anderen Erklärungen der Vereinten Nationen hervor – doch nicht zuletzt die breite Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Formulierung der Agenda 2030 und auch der universelle und unteilbare Anspruch der Ziele sind bisher auf UN-Ebene einzigartig.

EIN GEMEINSCHAFTSPROJEKT: GLOBALE BETEILIGUNG FÜR EINE GLOBALE AGENDA

Die Formulierung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung erfolgte anders als die der MDGs auf der Grundlage einer breiten Partizipation von Menschen und Organisationen in aller Welt. So konnten Einzelpersonen und nichtstaatliche Entwicklungs- und Umweltorganisationen das Internetportal »The World We Want 2015« nutzen, um ihre Positionen zu formulieren und zu diskutieren. Weit mehr als eine Million Menschen nutzten diese Möglichkeit. Doch nicht nur bei der Formulierung der Ziele, sondern auch bei deren Umsetzung sind alle gefragt. Die Agenda 2030 fordert die Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure – Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – und steht für eine globale Partnerschaft.



◀ Vom 25.-27. September 2015 fand in New York der Nachhaltigkeitsgipfel der Vereinten Nationen statt, auf dem die Agenda 2030 angenommen wurde.
Foto: UN Photo/Cia Pak

Ein grundlegendes Prinzip, das die Ziele für nachhaltige Entwicklung leitet, ist ihre **Unenteilbarkeit**. Die Ziele sind eng miteinander verbunden und Fortschritte in einem Bereich hängen häufig von Fortschritten in einem anderen Bereich ab. Beispielsweise kann Hochwertige Bildung für alle (Ziel 4) die Geschlechtergleichheit (Ziel 5) fördern.
Foto: UN Photo/Manuel Elias

17 NACHHALTIGKEITZIELE: VERANTWORTUNG ALLER STAATEN

Die Agenda 2030 rückt die Wechselwirkungen zwischen den 17 Zielen in den Mittelpunkt, um positive Synergien zu fördern und negative Effekte zu vermeiden. Sie können nicht isoliert voneinander betrachtet werden und gelten daher als unteilbar. So begünstigt etwa die Abwesenheit von Hunger (Ziel 1) und extremer Armut (Ziel 2) den Aufbau und die Sicherung von Frieden und Rechtsstaatlichkeit (Ziel 16). Aber es gibt auch potenzielle Zielkonflikte in der Umsetzung der Ziele: So steht das Bestreben um Klimaschutz (Ziel 13) durchaus in einem Spannungsverhältnis zum Ziel weiteren Wirtschaftswachstums (Ziel 8), welches mit der Agenda 2030 vor allem für wirtschaftlich weniger stark entwickelte Länder angestrebt wird. Einige der weiteren Ziele wie etwa die Nutzung nachhaltiger Energiequellen (Ziel 7) oder ein nachhaltiger Konsum und nachhaltigere Produktion von Gütern (Ziel 12) können Auswege aus diesen Konfliktlinien aufzeigen. Gerade

DIE FINANZIERUNG DER ZIELE

Die Erreichung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung bis 2030 steht und fällt mit der angemessenen Finanzierung. Die 17 Ziele, von der Bekämpfung der Armut bis zum Umweltschutz, erfordern erhebliche Investitionen. Alle Ziele haben Unterziele – Meilensteine, welche auf dem Weg zur Erreichung des Ziels erfüllt werden müssen. Weil die Finanzierung so wichtig ist, befassen sich viele dieser Unterziele damit, wie die Umsetzung des jeweiligen Ziels bezahlt werden kann – insbesondere inwieweit reichere Staaten wirtschaftlich ärmere Länder bei der Umsetzung finanziell unterstützen sollen.

Bereits 1970 legte die UN-Generalversammlung das Ziel fest, dass Geberländer 0,7 % ihres BIP für Entwicklungshilfe aufwenden sollten. Deutschland erreichte dieses Ziel seitdem gerade einmal in vier Jahren, erstmals 2016 – allerdings nur durch das Hinzurechnen der gestiegenen heimischen Kosten für Geflüchtete.



in der Zivilgesellschaft gibt es jedoch weiterhin eine kritische Diskussion darüber, ob für das Erreichen der Ziele nicht eine stärkere Priorisierung insbesondere der ökologischen Ziele bei der Umsetzung in wirtschaftlich bereits stark entwickelten Ländern wie Deutschland notwendig wäre.

Neben der Unenteilbarkeit der Ziele ist ein weiteres Grundprinzip der Agenda 2030 ihre Universalität. Das heißt, die Ziele gelten für alle Staaten, »Entwicklungsländer« wie »Industrieländer« gleichermaßen. Damit läutet die Agenda 2030 einen Paradigmenwechsel ein: Jeder Staat hat eine Mitverantwortung bei ihrer Umsetzung. Während die Millenniumsziele vorrangig in sogenannten Entwicklungsländern umgesetzt werden sollten und sich der Beitrag der sogenannten Industrieländer auf die entwicklungspolitische Unterstützung dieser Länder beschränkte, muss jede einzelne der 169 Zielvorgaben der Agenda 2030 nun in jedem Land der Welt umgesetzt werden. Auch Deutschland ist somit gefordert, etwa die Armut im eigenen Land weiter zu reduzieren.

Deutschland hat für sich definiert, dass die Umsetzung der Agenda 2030 dreierlei bedeutet: Jedes einzelne der Ziele muss – ebenso wie in jedem anderen Land – *in Deutschland* umgesetzt werden. Außerdem möchte Deutschland durch seine Entwicklungszusammenarbeit die Umsetzung der Ziele anderswo auf der Welt *mit Deutschland* vorantreiben. Ein Paradigmenwechsel

ist die Erkenntnis, dass die Umsetzung der Ziele anderswo auf der Welt auch von unserem Verhalten in Deutschland abhängt, es also durch Veränderungen in unserer Wirtschaftsweise oder unserem Konsumverhalten auch einer Umsetzung *durch Deutschland* bedarf, damit in anderen Ländern die Voraussetzung für eine Umsetzung der Ziele geschaffen werden können.

WIE LÄSST SICH FORTSCHRITT BEI DER UMSETZUNG MESSEN?

Die Agenda 2030 definiert 17 Ziele und 169 Zielvorgaben. Den Fortschritt dieser Zielvorgaben zu messen, ist dank Indikatoren möglich, die von einer organisationsübergreifenden Gruppe von Expertinnen und Experten (Inter-agency and Expert Group on SDG Indicators) entwickelt wurden. Bis heute ist die Wahl geeigneter Indikatoren ein politisch umstrittener Prozess.

Tatsächlich stellt die Erhebung von flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und nach Geschlecht, Herkunft oder Alter aufgeschlüsselten Daten viele UN-Mitgliedstaaten vor große Herausforderungen. Die mangelnde Datenbasis erschwert, adäquate Lösungsansätze zu formulieren und Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 zu messen. Stärkere Investitionen in Einrichtungen zur Erhebung statistischer Daten von Mitgliedstaaten sind nötig, um weltweit einheitliche und damit vergleichbare Daten erheben zu können.



1 Armut in allen ihren Formen und überall beseitigen.

Es gehört zu den zentralen Entwicklungszielen, die extreme Armut auf der Welt, die derzeit mit 2,15 US-Dollar pro Person und pro Tag definiert ist, bis zum Jahr 2030 zu beseitigen. Außerdem soll die Anzahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, mindestens halbiert werden.

► **Trend:** Über zwei Jahrzehnte ist die Armut weltweit kontinuierlich zurückgegangen. Die COVID-19-Pandemie hat diesen positiven Trend unterbrochen. Im Jahr 2020 stieg die Zahl der Menschen in extremer Armut um besorgniserregende 70 Mio. an. Aktuell leben mehr als 9 % der Weltbevölkerung, das sind rund 700 Mio. Menschen, unter diesen Umständen. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, werden 2030 noch 575 Mio. Menschen in extremer Armut leben.

2 Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.

Alle Menschen sollen bis 2030 »ganzjährig Zugang zu sicheren, nährstoffreichen und ausreichenden Nahrungsmitteln haben«. Obwohl bereits heute genügend Nahrungsmittel zur Verfügung stehen, haben immer noch nicht alle Menschen Zugang zu ihnen. Ebenso sollen alle Formen der Mangelernährung beseitigt sowie die landwirtschaftliche Produktivität und die Einkommen der kleinen Nahrungsmittelproduzenten verdoppelt werden.

► **Trend:** Nachdem sie lange rückläufig war, ist die Zahl der hungernden Menschen weltweit wieder angestiegen. Die COVID-19-Pandemie hat diesen Trend weiter verschärft. 2019–2022 stieg die Zahl der Betroffenen auf 828 Mio. an. Das sind etwa 10 % der Weltbevölkerung. Der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen auf die weltweite Nahrungsmittelversorgung sowie der Klimawandel verschärfen die Situation und lassen eine weitere Verschlechterung befürchten.

3 Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.

Bis 2030 soll die weltweite Müttersterblichkeit auf unter 70 je 100.000 Lebendgeburten sinken. Vermeidbare Todesfälle bei Neugeborenen und Kindern unter fünf Jahren sollen verhindert werden. In den Zielvorgaben sind die Beseitigung der Aids-, Tuberkulose- und Malaria-Epidemien sowie der vernachlässigten Tropenkrankheiten von besonderer Bedeutung, ebenso der Zugang zu einer Gesundheitsversorgung für alle.

► **Trend:** Erhebliche Fortschritte konnten bei der Verlängerung der Lebenserwartung, der Verringerung der Mütter- und Kindersterblichkeit und der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten erzielt werden. Allerdings hat mindestens die Hälfte der Weltbevölkerung noch immer keinen Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung. Durch die Unterbrechung von Impfkampagnen während der COVID-19-Pandemie sind die Impfraten bei Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten zurückgegangen.

4 Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten eines lebenslangen Lernens für alle fördern.

Die wichtigste Zielvorgabe besagt, dass bis 2030 sichergestellt werden soll, »dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen«. Weitere Zielvorgaben definieren Maßstäbe für Vorschulernziehung, Hochschul- und Berufsbildung.

► **Trend:** Trotz erheblicher Fortschritte beim Zugang zu Bildung, waren im Jahr 2021 noch immer 244 Mio. junge Menschen zwischen 6 und 17 Jahren nicht beschult. Im Jahr 2022 waren rund 770 Mio. Erwachsene Analphabeten, zwei Drittel davon Frauen. Zwar stieg die Schulabschlussquote zwischen 2015 und 2021 in der Grundschule von 85 % auf 87 % und in Sekundarstufe 1 von 74 % auf 77 %. Wenn jedoch keine zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden, wird nur jedes sechste Land Ziel 4 erreichen.

5 Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen.

Wesentliches Anliegen ist, alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen zu beenden und Gewalt gegen sie zu beseitigen. Weitere Zielvorgaben befassen sich mit individuellen Formen der geschlechtsspezifischen Diskriminierung, wie Zwangsheirat, fehlende Chancengleichheit bei dem Erlangen von Führungspositionen und ungleiche Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen.

► **Trend:** Trotz einiger Fortschritte, z. B. dem Rückgang von Genitalverstümmelungen und frühen Verheirathungen, ist die Bilanz ernüchternd. Strukturelle Hürden wie rechtliche Diskriminierung und benachteiligende, soziale Normen behindern dringend nötige Fortschritte. So sind Frauen in politischen Führungspositionen weiterhin unterrepräsentiert: 2023 lag ihr Anteil in nationalen Parlamenten bei durchschnittlich 26,5 %, verglichen mit 19 % im Jahr 2010.





6 Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.

Bis 2030 soll der Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser sowie einer angemessenen und gerechten Sanitärversorgung für alle verwirklicht werden. In weiteren Zielvorgaben geht es u. a. um die Verbesserung der Wasserqualität, die Effizienz der Wassernutzung und den Schutz wasserverbundener Ökosysteme.

► **Trend:** Trotz Fortschritten haben immer noch Milliarden von Menschen keinen Zugang zu sanitärer Grundversorgung. Die Daten deuten darauf hin, dass sich für einen universellen Zugang zu sauberem Trinkwasser die derzeitigen Fortschrittsraten versechsfachen müssten, auch weil der Klimawandel erzielte Fortschritte wieder zunichte machen kann.

7 Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.

Der allgemeine Zugang zu Energiedienstleistungen soll bis 2030 gesichert, der Anteil erneuerbarer Energie deutlich erhöht und die Steigerungsrate der Energieeffizienz verdoppelt werden.

► **Trend:** Der Zugang zu Energiedienstleistungen hat sich in den ärmsten Ländern verbessert, die Energieeffizienz nimmt weiter zu und der Anteil erneuerbarer Energie hat sich erhöht. Der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu Elektrizität ist von 87 % im Jahr 2015 auf 91 % im Jahr 2021 gestiegen. Bei gleichbleibender Entwicklung werden im Jahr 2030 jedoch immer noch etwa 660 Mio. Menschen keinen Zugang zu Elektrizität haben und fast 2 Mrd. Menschen weiterhin auf umweltschädliche Brennstoffe und Technologien zum Kochen angewiesen sein.

8 Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.

Großes Gewicht wird auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gelegt. Ein hohes Wirtschaftswachstum, mindestens 7 % im Jahr, wird vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern für erforderlich gehalten. Für alle Länder werden höhere wirtschaftliche Produktivität und Ressourceneffizienz angestrebt.

Andere Zielvorgaben befassen sich mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen, einer produktiven Vollbeschäftigung, der Beendigung von Zwangsarbeit, Sklaverei und Menschenhandel sowie dem Schutz der Arbeitsrechte.

► **Trend:** Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die steigenden Lebenshaltungskosten, Handelskonflikte, steigende Zinsen, die zunehmende Verschuldung der Entwicklungsländer und der Krieg in der Ukraine haben das Weltwirtschaftswachstum erheblich beeinträchtigt. Trotz langsamer Erholung der Weltwirtschaft ist 2022 fast jeder vierte Jugendliche (23,5 %) arbeitslos oder nicht in Ausbildung. Damit liegt die Quote über dem Ausgangswert von 2015 (22,2 %) und ist weit entfernt vom Ziel für 2030.

9 Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.

Es wird angestrebt, eine hochwertige, verlässliche, nachhaltige und widerstandsfähige Infrastruktur aufzubauen, um so wirtschaftliche Entwicklung und menschliches Wohlergehen zu unterstützen. Insbesondere in Entwicklungsländern sollen kleine Industriebetriebe einen besseren Zugang zu Finanzdienstleistungen, Wertschöpfungsketten und Märkten erhalten.

► **Trend:** Während die Finanzierung der wirtschaftlichen Infrastruktur in Entwicklungsländern gestiegen ist und Fortschritte bei der Mobilvernetzung erzielt wurden, stehen die am wenigsten entwickelten Länder vor großen Herausforderungen. Insbesondere wenn es darum geht, den Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt bis 2030 zu verdoppeln und ausreichende Investitionen in Forschung und Entwicklung zu tätigen.

10 Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.

Eine wichtige Zielvorgabe lautet: »Bis 2030 ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum der ärmsten 40 % der Bevölkerung zu erreichen.« Angestrebt wird außerdem u. a. eine »verstärkte Mitsprache der Entwicklungsländer bei der Entscheidungsfindung in den globalen internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen«.

► **Trend:** Die Einkommensungleichheit nimmt in zahlreichen Teilen der Welt weiter zu, auch wenn die untersten 40 % der Bevölkerung in vielen Ländern positive Wachstumsraten verzeichnen konnten. Im Jahr 2020 stieg das Vermögen der 2.700 Milliardäre weltweit um rund 60 % auf insgesamt 13 Billionen Dollar. Dies entspricht mehr als der jährlichen Wirtschaftsleistung Deutschlands oder knapp 6 % der weltweiten Wirtschaftsleistung. Gleichzeitig fielen laut Schätzungen der Weltbank durch die Pandemie weltweit über 100 Mio. Menschen in absolute Armut und hatten weniger als 2,15 Dollar pro Tag zur Verfügung.

11 Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.

Bis 2030 sollen alle Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum sowie zur Grundversorgung haben. Dazu gehören u. a. ein Verkehrssystem für alle, eine partizipative Siedlungsplanung, ein verbesserter Katastrophenschutz, eine Verminderung der Umweltbelastung und eine größere Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels.

► **Trend:** 2022 lebten fast 1,1 Mrd. Menschen in Slums und es wird erwartet, dass in den nächsten 30 Jahren weitere 2 Mrd. Menschen dazukommen werden. Die wachsende Zahl der Slumbewohner ist Ausdruck der Wohnungskrise, die in vielen Fällen durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie noch verschärft wird. Dringend erforderlich sind Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in Städten und des Zugangs zu öffentlichen Verkehrsmitteln.

12 Nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktionsmuster sicherstellen.

Zur Umsetzung dieses Ziels sind vor allem die entwickelten Länder gefordert, während die Entwicklungsländer entsprechend ihrem Entwicklungsstand und ihren Kapazitäten Maßnahmen ergreifen sollen. Wichtige Themen sind dabei u. a. die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen, eine Halbierung der Nahrungsmittelverschwendung und ein umweltverträglicher Umgang mit Chemikalien und Abfällen. Angestrebt wird auch eine allmähliche Abschaffung schädlicher Subventionen für fossile Brennstoffe.



13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ



14 LEBEN UNTER WASSER



15 LEBEN AN LAND



16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN



17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE



► **Trend:** Der weltweite Materialverbrauch ist ebenso wie der CO₂-Fußabdruck pro Kopf stark gestiegen, was die Erreichung dieses Ziels ernsthaft gefährdet. So belief sich dieser auf 95,1 Mrd. Tonnen im Jahr 2019, verglichen mit 87 Mrd. im Jahr 2015 und 27 Mrd. im Jahr 1970. Dringende Maßnahmen sind erforderlich, so dass der aktuelle Materialbedarf nicht zu einer übermäßigen Beanspruchung der natürlichen Ressourcen führt.

13 Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Es gilt »die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern« zu stärken. Dafür müssen Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbezogen werden. Ausdrücklich wird an die Verpflichtung der entwickelten Länder erinnert, ab 2020 jährlich 100 Mrd. US-Dollar für den Klimaschutz in Entwicklungsländern aufzubringen.

► **Trend:** Mit steigenden Treibhausgasemissionen vollzieht sich der Klimawandel schneller als erwartet und seine Auswirkungen sind weltweit deutlich spürbar. Im Jahr 2022 erreichten die Treibhausgaskonzentrationen einen neuen Höchststand. Um die Ziele für 2030 zu erreichen, die mit dem 2°C- bzw. dem 1,5°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens vereinbar sind, müssen die Emissionen rasch reduziert werden.

Die von den Industrieländern für die Entwicklungsländer bereitgestellten Klimafinanzierungsmittel belaufen sich im Jahr 2020 auf insgesamt 83,3 Mrd. US-Dollar, was einem Anstieg von 4 % gegenüber 2019 entspricht, aber immer noch nicht das Ziel von 100 Mrd. US-Dollar erreicht.

Ziel 13 beschäftigt sich mit dem Klimawandel. Neben der Reduzierung der Treibhausgasemissionen wird eine besondere Aufmerksamkeit darauf gelegt, die Folgen des Klimawandels abzumildern und besonders betroffene Regionen in ihrer Anpassungsfähigkeit zu stärken. Foto: UN Photo/Ariana Lindquist



14 Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.

Ziel 14 sieht vor, dass alle Arten der Meeresverschmutzung gestoppt oder erheblich verringert werden. Außerdem sollen die Meeres- und Küstenökosysteme nachhaltig bewirtschaftet und die Versauerung der Ozeane bekämpft werden. Angestrebt wird auch eine nachhaltigere Fischerei und die Beendigung der Überfischung. Ziel 14 ist das einzige Ziel, dessen Zielvorgaben bereits bis 2025 oder sogar 2020 erreicht werden sollen bzw. hätten erreicht werden sollen.

► **Trend:** Die negativen Auswirkungen der Überfischung und die zunehmende Versauerung der Ozeane aufgrund des Klimawandels schreiten voran. Die politischen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Meeresressourcen zu erhalten und nachhaltig zu nutzen.

15 Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wüstenbildung bekämpfen, Boden-degradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Bis 2030 soll die Wüstenbildung bekämpft und die betroffenen Flächen wiederhergestellt werden. Bergökosysteme sollen einschließlich ihrer biologischen Vielfalt erhalten werden. Um den Verlust der Artenvielfalt zu beenden, sollen bedrohte Tiere geschützt und ihr Aussterben verhindert werden.

► **Trend:** Die weltweite Waldfläche nimmt weiter ab, von 31,9 % im Jahr 2000 auf 31,2 % im Jahr 2020. Das ist ein Verlust von 100 Mio. Hektar.

Der Rote-Liste-Index, der das Risiko des Aussterbens von Arten misst (Wert 1 = keine Bedrohung für eine Art; Wert 0 = das Aussterben einer Art), hat sich weltweit von 0,82 im Jahr 1993 auf 0,72 im Jahr 2022 verschlechtert.

16 Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollen alle Formen von Gewalt verringert und Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden, wozu auch der Aufbau leistungsfähiger Institutionen gehört. Ebenso gilt es, bis 2030 die illegalen Finanz- und Waffenströme deutlich zu verringern.

► **Trend:** Die Fortschritte bei der Beendigung von Gewalt, der Förderung von Rechtsstaatlichkeit und der Stärkung von Institutionen sind uneinheitlich. Ein Viertel der Menschheit lebt in Konfliktgebieten und 2022 waren weltweit mehr als 100 Mio. Menschen gewaltsam vertrieben. Das sind mehr als doppelt so viele wie zehn Jahre zuvor. Morde an Vertreterinnen und Vertretern der Presse und der Gewerkschaften sowie an Menschen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, nehmen zu.

17 Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

Die Industrieländer werden aufgefordert, ihre Zusagen von öffentlicher Entwicklungshilfe einzuhalten, insbesondere die Bereitstellung von 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens für diese Aufgaben. Gefördert werden soll eine verstärkte Nord-Süd- und Süd-Süd-Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation. Eine Zielvorgabe ist auch ein gerechtes multilaterales Handelssystem unter dem Dach der Welthandelsorganisation.

► **Trend:** Wesentliche Herausforderungen bleiben bestehen: Die öffentliche Entwicklungshilfe geht zurück und die privaten Investitionsströme sind nicht ausreichend auf die Nachhaltigkeitsziele abgestimmt. Es gibt weiterhin eine erhebliche digitale Kluft und anhaltende Handelsspannungen. Um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, ist eine verstärkte internationale Zusammenarbeit erforderlich.

WO STEHEN WIR?

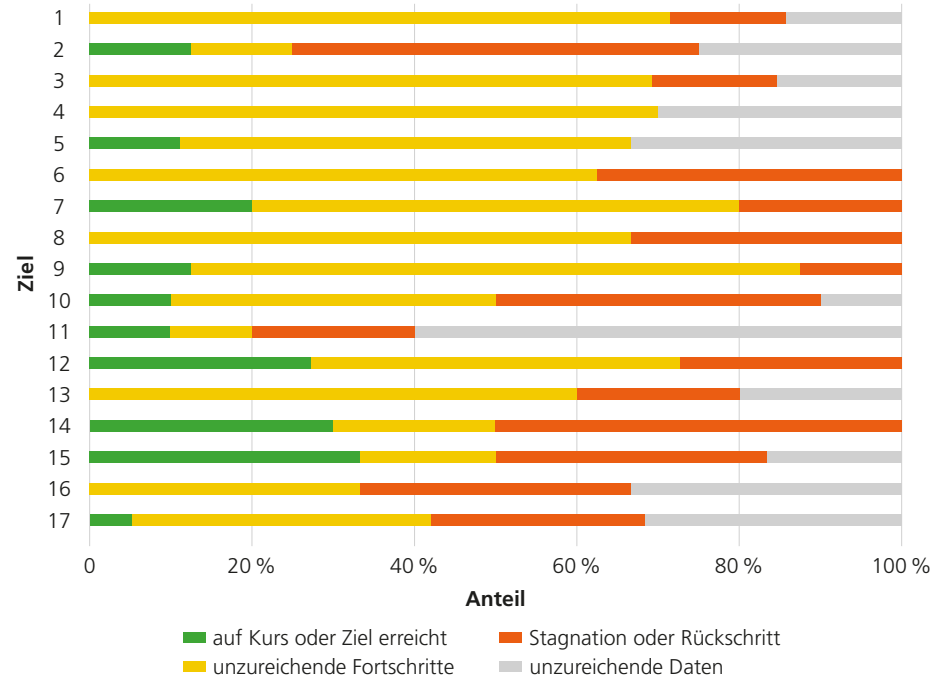
Der Weg zu einer nachhaltigen Welt ist mit Herausforderungen gepflastert. Aber die ersten Bemühungen nach der Verabschiedung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung haben einige ermutigende Entwicklungen hervorgebracht. Die Kindersterblichkeitsraten sind zurückgegangen und die Bekämpfung von Krankheiten wie HIV und Hepatitis hat bedeutende Fortschritte gemacht. Auch bei der Förderung der Geschlechtergleichstellung können positive Ergebnisse verzeichnet werden. Zudem ist der Zugang zu Elektrizität in den ärmsten Ländern gestiegen und der Anteil erneuerbarer Energien im globalen Energiemix nahm zu. Ein weiterer Erfolg ist die Verdoppelung der geschützten Meeresgebiete in den letzten fünf Jahren.

Trotz dieser ermutigenden Fortschritte bleibt die Erkenntnis, dass viele dieser Errungenschaften fragil sind und die meisten davon zu langsam erreicht wurden. Die Jahre 2020–2022 haben gezeigt, dass Krisen wie die COVID-19-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und dessen Folgen sowie klimabedingte Katastrophen viele bereits ins Stocken geratenen Fortschritte gehemmt oder zunichte gemacht haben. Doch auch ohne diese Krisen wäre der Umsetzungsstand weit entfernt von der Zielsetzung für 2030. Zur Halbzeit der Agenda 2030 offenbaren sich daher beträchtliche Herausforderungen bei der Umsetzung der Ziele. Eine vorläufige Bewertung von rund 140 der insgesamt 169 Zielvorgaben zeigt, dass lediglich etwa 12 % auf dem richtigen Weg sind. Fast die Hälfte der Zielvorgaben weicht stark oder mäßig vom Kurs ab, trotz bisheriger Fortschritte. Bei etwa 30 % der Zielvorgaben gab es keine Bewegung oder einen Rückschritt gegenüber dem Ausgangspunkt von 2015. Jetzt ist es an der Zeit die Ziele mit neuer Entschlossenheit umzusetzen. In allen gesellschaftlichen Bereichen muss ein Beitrag geleistet werden, sei es durch bewusstes Konsumverhalten, nachhaltige Geschäftspraktiken oder politische Maßnahmen.

WAS GIBT ES FÜR ÜBERPRÜFUNGS-MECHANISMEN?

Jeder Plan ist letztendlich nur so gut wie seine Umsetzung. Um Maßnahmen für die Umsetzung der Agenda 2030 voranzutreiben und den politischen Handlungswillen zu stärken, ist eine regelmäßige Überprüfung der Fortschritte entscheidend. Die wichtigsten Instrumente sind dabei das Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung und die Freiwilligen Umsetzungsberichte der UN-Mitgliedsstaaten.

GLOBALER FORTSCHRITT DER 17 ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IM JAHR 2023



DAS HOCHRANGIGE POLITISCHE FORUM FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die Agenda 2030 legt nicht nur Ziele fest, sondern auch wie der Fortschritt hin zu diesen Zielen überprüft werden soll. Das wichtigste Gremium der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung ist das Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung (High-level Political Forum for Sustainable Development – HLPF). Das HLPF tritt jedes Jahr auf ministerieller Ebene unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats (Economic and Social Council – ECOSOC) zusammen. Bei den jährlichen Treffen, meistens im Juli eines jeden Jahres, wird ein bestimmtes Thema vertieft und der Fortschritt bei fünf ausgewählten Zielen genauer betrachtet. Auf diese Weise werden alle Ziele in einem Vierjahreszyklus überprüft. Nur Ziel 17 über Finanzmittel zur Umsetzung wird in jeder Sitzung erörtert.

Alle vier Jahre findet eine hochrangige Überprüfung statt, bei der das HLPF auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs unter der Leitung der UN-Generalversammlung zusammentritt. Dieser Prozess trägt dazu bei, dass nachhaltige Entwicklung ganz oben auf der internationalen politischen Agenda steht.

Im Vorlauf zum globalen Hochrangigen Politischen Forum finden jedes Jahr Regionale Foren, organisiert von den fünf Regionalkommissionen der Vereinten Nationen, statt. Diese bieten den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zum Austausch von erfolgreichen Politikansätzen und gegenseitigem Lernen.

FREIWILLIGE UMSETZUNGSBERICHTE DER UN-MITGLIEDSTAATEN

Die Agenda 2030 ist eine politische Absichtserklärung, die keine rechtsverbindlichen Verpflichtungen enthält. Von entscheidender Bedeutung sind daher die sogenannten Freiwilligen Nationalen Umsetzungsberichte (Voluntary National Reviews), die Bilanz über die Fortschritte bei der Umsetzung ziehen. In diesen Berichten analysieren Länder die Wirksamkeit ihrer politischen Maßnahmen und erläutern Erfolge und bestehende Herausforderungen. Beim Hochrangigen Politischen Forum in New York werden die nationalen Fortschrittsberichte von den Staaten vorgestellt. Bereits 187 von 193 Staaten haben einen Bericht eingereicht.

Kritische Stimmen bemängeln, dass Länder bei der Präsentation ihrer Berichte häufig kleine Fortschritte in den Vordergrund rücken und bestehende, strukturelle Herausforderungen nur unzureichend thematisieren. Da nur einige Berichte die offiziellen SDG-Indikatoren verwenden, sind die Berichte untereinander nur schwer zu vergleichen. In Jahren, in denen eine Regierung keine freiwillige Überprüfung durchführt, wird weiterhin erwartet, dass sie die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung regelmäßig kontrolliert. In einigen Ländern erfolgt dies durch Berichterstattung an das nationale Parlament.

DEUTSCHLAND: EIN VORREITER BEI DEN 17 ZIELEN?

Deutschland bekannte sich auf internationaler Bühne bereits früh zur Agenda 2030 und den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung. Schon beim ersten HLPF im Jahr 2016 legte Deutschland seinen freiwilligen Umsetzungsbericht vor, der zweite folgte 2021.

Deutschlands Kompass bei der Umsetzung der Agenda 2030 ist die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Erstmals veröffentlicht wurde die Nachhaltigkeitsstrategie bereits im Jahr 2002 – weit vor der Geburtsstunde der Agenda 2030 – und seitdem wurde sie regelmäßig angepasst.

2021 veröffentlichte das Bundeskabinett eine Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, ein Prozess zur nächsten Überarbeitung startet im zweiten Halbjahr 2023. Die Strategie enthält konkrete Ziele, die anhand klar definierter Indikatoren gemessen werden. Die Nachhaltigkeitsstrategie gibt Orientierung, wie sich Deutschland bei Themen wie Klimaschutz, nachhaltigen Konsum, fairen Handel und Chancengleichheit entwickeln will. Verschiedene Institutionen sollen gewährleisten, dass der Nachhaltigkeitsgedanke umgesetzt wird. Im Koalitionsvertrag von 2021 bekennt sich die Regierung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP dazu, die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen als Richtschnur deutscher Politik zu behandeln. Im globalen

Vergleich erreicht Deutschland im Sustainable Development Report 2023 den vierten Platz im Hinblick auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele. Die Länder, die sich vor Deutschland platzieren, sind Dänemark, Schweden und Finnland. Doch es gibt auch Kritik an der Umsetzung. So beanstandet der Bericht Deutschlands Rückschritte bei Ziel 1 (keine Armut) und Ziel 10 (weniger Ungleichheit). Die bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung der Agenda 2030 machen klar: Es gibt noch sehr viel zu tun. In Deutschland – und weltweit – bedarf es umfassender Kraftakte, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 zu erreichen. Denn mehr denn je gilt: Die Ziele bieten weiterhin einen einzigartigen und unverzichtbaren Rahmen, um eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft zu gestalten.



◀ Trotz seines Wohlstands hat Deutschland bei der Verwirklichung von Ziel 1, keine Armut, Rückschritte verzeichnet. Der Anteil der von Armut bedrohten Personen erhöhte sich von 17,3 % im Jahr 2019 auf 20,9 % im Jahr 2022. Das verdeutlicht: Auch Deutschland muss seine Anstrengungen zur Erreichung der SDGs deutlich erhöhen. Bei einer Veranstaltung zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut in New York wurde das Ziel 1 besonders in den Blick genommen.
Foto: UN Photo/Manuel Elias

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Report des Generalsekretärs der UN zum Fortschritt der SGDs 2023: <https://hlpf.un.org/>
- Weltbericht über nachhaltige Entwicklung 2023: <https://sdgs.un.org>
- Sustainable Development Report 2023 des Sustainable Development Solutions Network (SDSN): <https://dashboards.sdgindex.org>
- Eine-Welt-Presse: Wohlstand und ein gutes Leben (2019), <https://dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/wohlstand-und-ein-gutes-leben>
- Eine-Welt-Presse: Ungleichheit (2021), <https://dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/ungleichheit>

Weitere Informationen zu den Vereinten Nationen: www.dgvn.de

Themenportale der DGVN
nachhaltig-entwickeln.dgvn.de
frieden-sichern.dgvn.de
menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V.
 Zimmerstraße 26/27 · D-10969 Berlin
info@dgvn.de · www.dgvn.de

[f](#) dgvn.e.V [X](#) dgvn_de [@](#) dgvnev [v](#) DGVNev [in](#) DGVN

ISSN: 1614-5453 · Stand: August 2023

Text: Elise Zerrath · Überarbeitung: Richard Beil
 Redaktion: Richard Beil, Jana Krieg
 Gestaltung: Cornelia Agel

Klimaneutral gedruckt auf 100%-Recycling-Papier
 Gefördert durch das Auswärtige Amt



Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen braucht Sie als Mitglied.



Für Frieden.
 Für Klimaschutz.
 Für Menschenrechte.
 Für nachhaltige Entwicklung.

www.dgvn.de/mitgliedschaft